



Newsletter

Tirol-Büro Brüssel

Themen in dieser Ausgabe

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- Mitgliedstaaten und Kommission arbeiten gemeinsam an Förderung künstlicher Intelligenz „Made in Europe“ 2

Rat der Europäischen Union

- Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz 3
- Treffen der EU-Außenminister 3
- Der Rat billigt die Einigung über den EU-Haushalt für 2019 4

Europäisches Parlament

- Pestizide: Europaabgeordnete schlagen Entwurf zur Verbesserung des EU-Zulassungsverfahrens vor 5
- Humanitäre Visa zur Vermeidung von Todesfällen und zur besseren Steuerung der Flüchtlingsströme 5
- Lebensmittelsicherheit: mehr Transparenz und eine verbesserte Risikobewertung 6
- Terrorismusbekämpfung: Das EU-Parlament legt Vorschläge für neue EU-Strategie vor 6
- Das EU-Parlament zieht eine Bilanz der außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Prioritäten der EU 7
- EU-Japan: Parlament billigt bisher größtes Freihandelsabkommen 7
- Plenarabstimmung über den EU-Haushalt 2019 8
- Entscheidende Bereiche sollen finanziert werden, um das EU-Wachstum zu fördern 8
- Präsident Ansotegui sprach sich für mehr Bürgernähe aus 9

Ausschuss der Regionen

- Zur Bewältigung der künftigen Herausforderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik in Europa müssen die Regionen einen entscheidenden Beitrag leisten 10

Sonstiges

- Luxemburg: EuGH-Urteil zur Widerrufbarkeit der Brexit-Erklärung 11
- Britische Premierministerin May auf Europa-Tour 11

In eigener Sache

- 200 Jahre Stille Nacht– Veranstaltung in Brüssel 12

Laufende Konsultationen	13
Tagesordnungen der Institutionen	14
Impressum	14

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Europäische Kommission

Mitgliedstaaten und Kommission arbeiten gemeinsam an Förderung künstlicher Intelligenz „Made in Europe“

Im Rahmen ihrer Strategie für künstliche Intelligenz (KI), die im April 2018 angenommen wurde, legte die EU-Kommission am 7. Dezember einen gemeinsam mit den Mitgliedstaaten ausgearbeiteten koordinierten Plan vor, mit dem die Entwicklung und Nutzung der KI in Europa gefördert werden soll.

Dieser Plan sieht gemeinsame Maßnahmen für eine engere und effizientere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, Norwegen, der Schweiz und der Kommission in vier Schlüsselbereichen vor: Steigerung der Investitionen, Verfügbarkeit von mehr Daten, Förderung von Talenten und Vertrauensbildung. Eine stärkere Koordinierung ist äußerst wichtig, damit Europa bei der Entwicklung und dem Einsatz einer hochmodernen, ethischen und sicheren KI weltweit eine Führungsposition einnehmen kann.

Vertreter der Mitgliedstaaten von Norwegen, der Schweiz und der EU-Kommission sind in den letzten sechs Monaten zusammengekommen, um Synergien und gemeinsame Maßnahmen zu bestimmen, die nun jährlich überprüft und aktualisiert werden sollen. Priorität haben dabei bestimmte Bereiche von öffentlichem Interesse wie Gesundheitswesen, Verkehr und Mobilität sowie Sicherheit und Energie.

Mit dem Plan sollen Investitionen durch Partnerschaften maximiert werden, EU-Datenräume geschaffen werden, Talente und Kompetenzen gefördert werden und eine ethische und vertrauenswürdige KI entwickelt werden.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz

Am 7.12. wurde vom Rat eine Empfehlung zur Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von durch Impfung vermeidbaren Krankheiten angenommen.

Das Dokument legt eine Reihe von Maßnahmen dar, die von den Mitgliedstaaten und der Kommission zu ergreifen sind. Diese betreffen insbesondere Impfpläne, die Einrichtung eines europäischen Impfinformationsaustauschsystems, die Überwachung der Vorteile und Risiken von Impfungen und die Stärkung der Impfstoffversorgung. Außerdem sollen Kommunikations- und Aufklärungsmaßnahmen bezüglich der Vorteile von Impfungen verstärkt werden.

Weiters informierte die Kommission über die Umsetzung der Richtlinie 2011/62/EG über gefälschte Arzneimittel, die am 9. Februar 2019 in Kraft treten soll. Darüber hinaus stellte der

künftige rumänische Vorsitz sein Arbeitsprogramm im Bereich der Gesundheit vor.

Bezüglich des Themas „Beschäftigungs- und sozialpolitische Fragen“ legte der Rat eine allgemeine Ausrichtung (Standpunkt des Rates) zu dem Vorschlag für eine Verordnung des EP und des Rates zur Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) fest. Diese soll Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften in den Bereichen der grenzüberschreitenden Arbeitsmobilität und der Koordinierung der sozialen Sicherheit unterstützen.

[Mehr Informationen](#)

Treffen der EU-Außenminister

Am 10. Dezember trat der Rat für Auswärtige Angelegenheiten in Brüssel zusammen, um unter anderem die Themen Westbalkan, die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Afrikanischen Union sowie die Themen Venezuela und Ukraine zu diskutieren.

Die Außenminister zogen eine Bilanz aus der intensiven Zusammenarbeit der EU mit den westlichen Balkanstaaten. Gleichzeitig machten sie ihre Erwartungen an die nächsten Schritte der EU-Beitrittskandidaten deutlich, insbesondere in den Bereichen der Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung.

Diskutiert wurde im Hinblick auf das erste Gipfeltreffen auf Ministerebene der EU und Afrikanischen Union (AU), welches am 21. und 22. Januar 2019 in Brüssel stattfinden wird, die Zusammenarbeit zwischen der EU und AU.

Die Außenminister bekundeten ihr klares Interesse an der Stärkung der strategischen Partnerschaft der EU mit Afrika. Sie betonten außerdem, wie wichtig es sei, sich mit der Jugend auseinanderzusetzen. In Bezug auf Migration und Mobilität hoben sie die im Rahmen des Gemeinsamen Aktionsplans von Valletta geleistete Arbeit hervor.

In Bezug auf Venezuela und die Ukraine bekräftigten sie ihre Unterstützung der betroffenen Regionen und der Bevölkerung.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Der Rat billigt die Einigung über den EU-Haushalt für 2019

Am 11. Dezember 2018 billigte der Rat die mit dem Europäischen Parlament erzielte Einigung über den EU-Haushaltsplan für 2019.

Insgesamt wurde der Gesamtbetrag der Verpflichtungen auf 165,8 Mrd. EUR festgesetzt, was einer Steigerung von 3,2 % gegenüber dem Haushaltsplan 2018 entspricht. Die Zahlungen belaufen sich auf 148,2 Mrd. EUR, 2,4% mehr als im Jahr 2018.

Ein Spielraum von 1,3 Mrd. EUR bleiben im Rahmen der Obergrenze des Mehrjährigen Finanzrahmens übrig, damit die EU auf unvorhergesehene Ereignisse und Notwendigkeiten reagieren kann.

Der Fokus soll weiterhin auf der Förderung von Wachstum und Jugend liegen. Im Bereich Wachstum und Beschäftigung sind die vorgesehen Mittel um 6,1 % mehr als im Jahr 2018.

Auch das Projekt Horizont 2020 wird gefördert, welches 12,3 Mrd. EUR zur Unterstützung von Forschung und Innovation erhält, was einem Anstieg von 9,8 % gegenüber dem Vorjahr

entspricht. Darüber hinaus soll das Projekt Erasmus+ einen deutlichen Schub erhalten: 2,8 Mrd. € für den Jugendaustausch, 19,5 % mehr als im Jahr 2018. Die Initiative für Jugendbeschäftigung erhält weitere 350 Mio. €, um jungen Menschen bei der Arbeitssuche in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit zu helfen. Ein besonderer Fokus liegt auf dem Bereich Migration und Sicherheit, in dem der Fonds für Asyl, Migration und Integration 55,9 % mehr Mittel für die Steuerung der Migration gegenüber dem Jahr 2018 erhält.

Außerdem werden durch den EU-Haushalt 2019 Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen gestärkt: 558 Millionen Euro wurden im Rahmen des LIFE-Programms bereitgestellt, 6,7 % mehr als 2018.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Pestizide: Europaabgeordnete schlagen Entwurf zur Verbesserung des EU-Zulassungsverfahrens vor

Am 6.12. wurden sich die Abgeordneten darüber einig, der Öffentlichkeit Zugang zu den Studien zu gewähren, die im Rahmen des Zulassungsverfahrens eines Pestizids verwendet werden, einschließlich sämtlicher diesbezüglicher Daten und Informationen.

Als Reaktion auf geäußerte Bedenken bezüglich des Rechts der Antragsteller, einen bestimmten Mitgliedstaat für die Berichterstattung an die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) über die Zulassung eines Wirkstoffs auszuwählen, zeigten auch die Europaabgeordneten ihre Zweifel. Sie legten dar, dass diese Praxis wenig transparent sei und zu einem Interessenkonflikt führen könnte. Daher fordern sie die EU-Kommission auf, die Zulassungsverlängerung einem anderen Mitgliedstaat zuzuweisen.

Während des Verfahrens sollten die Antragsteller verpflichtet werden, alle Zulassungsstudien, die in einem öffentlichen Register ausgeführt werden, zu registrieren.

Weiters fordert das EU-Parlament in seinem Entwurf, dass die Kommission eine epidemiologische Studie über die tatsächlichen Auswirkungen von Pestiziden auf die menschliche Gesundheit durchführen soll. Außerdem schlagen sie vor, bestehende Studien über die krebserregende Wirkung von Glyphosat zu überprüfen und Höchstwerte für Rückstände in Böden und Oberflächengewässern festzulegen.

Die Empfehlungen wurden mit 23 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Das Plenum wird über den Bericht auf seiner Plenarsitzung am 14. und 17. Januar 2019 in Straßburg abstimmen.

[Mehr Informationen](#)

Humanitäre Visa zur Vermeidung von Todesfällen und zur besseren Steuerung der Flüchtlingsströme

Das EP hat am 11.12. die EU-Kommission aufgefordert, bis zum 31. März 2019 einen Legislativvorschlag zur Einführung eines Europäischen Humanitären Visums vorzulegen.

Die EU-Länder sollen demnach in der Lage sein, diese Visa bei Botschaften und Konsulaten im Ausland auszustellen, damit schutzsuchende Menschen Zugang zu Europa haben, ohne ihr Leben zu riskieren. Humanitäre Visa sollen jedoch ausschließlich zum Zwecke der Einreichung eines Antrags auf internationalen Schutz ausgestellt werden können.

Die Abgeordneten sind der Auffassung, dass humanitäre Visa dazu beitragen würden, die Zahl der Todesopfer im Mittelmeerraum und auf den Migrationsrouten in die EU zu senken, Menschenhandel zu bekämpfen und die Ankunft, Aufnahme und Bearbeitung von Asylanträgen besser zu steuern.

Gleichzeitig muss jeder Antragsteller strikten Sicherheitskontrollen unterzogen werden.

Die Parlamentsabgeordneten betonten, dass die Entscheidung über die Erteilung europäischer humanitärer Visa weiterhin in der alleinigen Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegen sollte.

Der legislative Initiativbericht wurde von 429 Abgeordneten unterstützt, 194 stimmten dagegen und 41 enthielten sich der Stimme.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Europäisches Parlament

Lebensmittelsicherheit: mehr Transparenz und eine verbesserte Risikobewertung

Die Europaabgeordneten forderten am 11. Dezember, dass die EU-Agentur für Lebensmittelsicherheit (EFSA) Sicherheitsstudien veröffentlicht, bevor ein Produkt auf den Markt gebracht werden darf.

Die überarbeiteten Regeln sollen die Risikobewertung transparenter machen und sicherstellen, dass die Studien, die die EFSA nutzt, um ein Produkt zur Vermarktung freizugeben, zuverlässig, objektiv und unabhängig sind. Es wurde auch ein neues Voranmeldeverfahren eingeführt, um das Antragsverfahren zu beschleunigen, da die EFSA den Antragsteller bei der Bereitstellung aller erforderlichen Informationen beraten kann.

Es soll ein EU-Register der Studien eingerichtet werden, um Unternehmen, die eine Genehmigung beantragen, davon abzuhalten, ungünstige Studien zurückzuhalten.

Das EU-Parlament hat sich auch auf eine Reihe von Kriterien geeinigt, um zu entscheiden, welche Art von Informationen vertraulich behandelt werden können, z.B. die Handelsmarke oder die detaillierten Beschreibungen der Zubereitungen.

[Mehr Informationen](#)

Terrorismusbekämpfung: Das EU-Parlament legt Vorschläge für neue EU-Strategie vor

Das EU-Parlament hat am 12. Dezember die Empfehlungen des Sonderausschusses Terrorismus zur Bekämpfung der Radikalisierung, Verbesserung der Datenkompatibilität und Unterstützung von Terroropfern vorgelegt.

Das EU-Parlament schlägt vor, die Rolle der EU-Agenturen wie Europol und der Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (eu-LISA) zu stärken.

Die Abgeordneten äußern aber auch Bedenken hinsichtlich eines unzureichenden Datenaustauschs zwischen den Agenturen sowie zwischen den Mitgliedstaaten und den EU-Behörden. Sie betonen, wie wichtig es ist, die Grundrechte, einschließlich Datenschutz und Meinungsfreiheit, bei der Annahme oder Anwendung von Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung uneingeschränkt zu achten.

Zu den wichtigsten Forderungen des Parlaments gehören z. B. keine Asylmöglichkeit für Personen, die wegen einer terroristischen Straftat verurteilt wurden, sowie die Stärkung der EU-Außengrenzen und ordnungsgemäße Kontrollen an allen Grenzübergängen. Auch die Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismusbekämpfung zwischen der EU und Drittländern spielt hierbei eine große Rolle.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Europäisches Parlament

Das EU-Parlament zieht eine Bilanz der außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Prioritäten der EU

Am 12. Dezember nahm das EU-Parlament zwei Beschlüsse zur Überprüfung der wichtigsten außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Entscheidungen der EU an.

In Bezug auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) haben die Abgeordneten darauf bestanden, dass die Mitgliedstaaten den Standpunkten der EU gegenüber nationalen Interessen Vorrang einräumen sollten. Sie schlugen vor, die Beschlussfassung zwischen den EU-Ländern zu verbessern, indem ein EU-Sicherheitsrat eingerichtet wird.

Die Europaabgeordneten betonten auch, dass die EU widerstandsfähiger gegen externe Einmischung sein muss, insbesondere im Hinblick auf die nächsten EU-Wahlen in Mai 2019. Die EU sollte auch widerstandsfähiger gegen Terroranschläge, aber auch gegen Radikalisierung, illegale Migration, Propaganda, Online- und Offline-Desinformationskampagnen, Cyberangriffen und anderen hybriden

Bedrohungen sein. Diese Gefahren erfordern schnelle und koordinierte Gegenmaßnahmen.

Die Abgeordneten begrüßten die Umsetzung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO), betonten aber auch, dass mehr in Aufklärung, Überwachung, Satellitenkommunikation sowie in den autonomen Zugang zum Weltraum und eine permanente Erdbeobachtung investiert werden muss. Die strategische Partnerschaft zwischen der EU und der NATO ist auch von grundlegender Bedeutung für die Bewältigung der Sicherheitsherausforderungen Europas. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO sollte sich ergänzen und die uneingeschränkte Achtung der Autonomie und der Entscheidungsverfahren des anderen gewährleisten.

[Mehr Informationen](#)

EU-Japan: Parlament billigt bisher größtes Freihandelsabkommen

Das EU-Parlament hat am 12. Dezember dem Freihandelsabkommen der EU mit Japan zugestimmt. Es ist das größte bilaterale Handelsabkommen, das die EU je ausgehandelt hat.

Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Japan wird fast alle Zölle abschaffen, welche die EU-Unternehmen jährlich eine Milliarde Euro kosten.

Während die sensibelsten EU-Sektoren wie etwa die Reisproduktion unter Schutz stehen, werden Wein, Käse, Rindfleisch, Schweinefleisch, Nudeln, Schokolade und Kekse entweder sofort, oder nach einer Übergangszeit zollfrei nach Japan ausgeführt werden können. 205 geografische Angaben der EU werden geschützt, um KMUs zu unterstützen, die 78% der Exporteure nach Japan ausmachen. Japan gewährt EU-Lieferanten

gleichberechtigten Zugang zu den Beschaffungsmärkten der wichtigsten Städte.

Das EU-Parlament hebt hervor, dass sich beide Seiten für ein hohes Umwelt- und Arbeitsschutzniveau einsetzen und begrüßt die Verpflichtung zur Umsetzung des Pariser Übereinkommens zur Bekämpfung des Klimawandels. Es ermutigt beide Parteien, den illegalen Holzeinschlag zu bekämpfen. Die Abgeordneten betonten jedoch, dass Japan alle einschlägigen Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) ratifizieren muss.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Europäisches Parlament

Plenarabstimmung über den EU-Haushalt 2019

Auf der Plenartagung in Straßburg verabschiedeten die Europaabgeordneten am 12. Dezember den EU-Haushalt 2019. Der Fokus des Haushaltsplans liegt auf Jugend, Innovation und Migration.

Nachdem der Rat die Einigung am 7. Dezember förmlich gebilligt hat, billigte nun das Parlament den Haushaltsplan mit 451 zu 142 Stimmen bei 78 Enthaltungen.

Für den Haushalt des nächsten Jahres haben die Abgeordneten eine bessere Unterstützung für Studenten, arbeitslose Jugendliche und Forscher sichergestellt. Ein weiterer Fokus soll auf Klimaschutz liegen.

[Mehr Informationen](#)

Entscheidende Bereiche sollen finanziert werden, um das EU-Wachstum zu fördern

Die Abgeordneten fordern EU-Mittel, die den Zielen in den Bereichen Forschung, Umwelt, Verkehr, Energie, Telekommunikation, Verteidigung und Digitalisierung im Rahmen des EU-Haushalts 2021-2027 entsprechen.

Das EU-Parlament fordert, dass das „Horizont Europe“-Programm um 36,5 Mrd. EUR erhöht wird, so dass sich der Gesamtbetrag auf 120 Mrd. EUR beläuft. Das EU-Parlament möchte Programme bevorzugen, die Frauen, KMU oder Teilnehmer aus leistungsschwächeren EU-Ländern einbeziehen.

Die Europaabgeordneten schlugen vor, das LIFE-programm zu verdoppeln, um die Umweltziele der EU zu finanzieren.

In den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation wollen die Europaabgeordneten 43,85 Mrd. EUR für die Fazilität Connecting Europe bereitstellen, darunter 33,51

Mrd. EUR im Verkehrsbereich, 7,68 Mrd. EUR im Energiebereich und 2,66 Mrd. EUR im Telekommunikationsbereich.

Im Verteidigungsbereich will das EU-Parlament Projekte in der F&E in Höhe von 11,5 Mrd. EUR finanzieren. In der Digitalisierung sollen 8,2 Mrd. EUR für die Vollendung des digitalen Binnenmarktes und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU zu Verfügung stehen.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Präsident Ansatasiades sprach sich für mehr Bürgernähe aus

Der zypriotische Präsident Nicos Anastasiades hat am 12. Dezember mit den Europaabgeordneten und dem Vizepräsidenten der EU-Kommission, Jyrki Katainen, über die Zukunft Europas diskutiert.

Der zypriotische Präsident sprach sich dafür aus, dass die Politiker den BürgerInnen zuhören müssten, um die Gründe für die geringe Beteiligung an den Europawahlen zu verstehen.

Der langfristige EU Haushalt müsse sich an moderne Herausforderungen, wie den Übergang zur digitalen und nachhaltigen Entwicklung, Klimawandel, Migration, den Anstieg von Nationalismus und Populismus sowie den Kampf gegen den Terrorismus anpassen.

Der zypriotische Präsident sprach sich auch für eine Reform des EU-Asylsystems aus, um die Migrationslast der südlichen Länder zu mildern. Er hobte außerdem konkrete Maßnahmen im Bereich des Klimawandels hervor.

In der Zypernfrage habe Europa die Pflicht, Lösungen für ein Problem der Mitgliedstaaten zu finden. Er dankte dem EU-Parlament für seine

entschlossene Unterstützung bei der Suche nach einer Lösung in der Zypernfrage und versicherte, dass er an einer friedlichen Lösung weiterarbeiten werde.

Schließlich informierte Präsident Anastasiades die Europaabgeordneten darüber, dass Zypern die Beziehungen zu den Ländern der Region aufbaut, um die Energiesicherheit der EU zu verbessern und die Energiequellen in der Region zu diversifizieren.

[Mehr Informationen](#)



Ausschuss der Regionen

Zur Bewältigung der künftigen Herausforderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik in Europa müssen die Regionen einen entscheidenden Beitrag leisten

Die lokalen und regionalen Entscheidungsträger haben am 6. Dezember eine Stellungnahme zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) verabschiedet, in der sie eine gerechte, nachhaltige und solidarische GAP zum Wohle der LandwirtInnen, der Regionen, der VerbraucherInnen und der BürgerInnen fordern.

In seiner derzeitigen Form gefährdet der Legislativvorschlag zur künftigen GAP die Autonomie der EU-Regionen bei der Verwaltung der GAP. Mit dem von der EU-Kommission vorgeschlagenen Legislativpaket für die GAP, werden die Mitgliedstaaten mit der Umsetzung der GAP betraut. Nach dem Verordnungsvorschlag der EU-Kommission haben aber Mitgliedstaaten nicht mehr die Möglichkeit, die Regionen mit der Aufstellung regionaler Pläne für die Entwicklung des ländlichen Raums zu betrauen.

Der EU-Ausschuss der Regionen (AdR) fordert eine gerechtere Verteilung der GAP-Prämien auf die Mitgliedstaaten, Regionen und Betriebe, um die Landwirtschaft in allen Regionen und damit die Lebensfähigkeit der ländlichen Gebiete zu erhalten. Der AdR fordert auch eine nachhaltigere GAP und schlägt vor, die Öko-

Regelungen zu stärken, Pestizide zu reduzieren, Bio-Anbauflächen zu vergrößern sowie ein obligatorisches Mindestmaß an im Umweltinteresse genutzten Flächen pro Betrieb wieder einzuführen.

Auf der Plenartagung des AdR in Brüssel plädierten die Vertreter der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften weniger für eine Weiterentwicklung der Versicherungsregelungen als für die Regulierung der Märkte im Krisenfall. Außerdem schlossen sie sich der Forderung der Europaabgeordneten an, angemessene Mittel für eine ehrgeizige, gerechtere und nachhaltigere GAP sicherzustellen sowie Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums zu ergreifen.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Luxemburg: EuGH-Urteil zur Widerrufbarkeit der Brexit-Erklärung

Großbritannien kann den Brexit einseitig zurücknehmen- dies gab der EuGH am 10.12. in einem Urteil bekannt.

Der schottische „Court of Session“ hat dem EuGH auf Antrag mehrerer Abgeordneten des schottischen Parlaments, des Parlaments des Vereinigten Königreichs und des Europäischen Parlaments die Frage vorgelegt, ob ein Mitgliedstaat, der im Einklang mit Art. 50 EUV dem Europäischen Rat seine Absicht mitgeteilt hat, aus der Union auszutreten, diese Mitteilung einseitig zurücknehmen kann.

Die EuGH-Richter führen in ihrem Urteil aus, dass Art. 50 EUV es zulasse, die Austrittsankündigung zu widerrufen. Diese Möglichkeit bestehe bis zum Zeitpunkt des Abschlusses des Austrittsabkommens. Kommt dieses nicht zustande, so kann der Rücktritt vom Austritt bis zum Ende der (ggfs. verlängerten) Zweijahresfrist

nach der Austrittserklärung erfolgen. Großbritannien wäre damit nicht auf eine Zustimmung der anderen EU-Staaten angewiesen.

Der Widerruf muss nach einem demokratischen Verfahren in Übereinstimmung mit nationalen verfassungsrechtlichen Anforderungen erfolgen. Diese unmissverständliche und bedingungslose Entscheidung ist dem Europäischen Rat schriftlich mitzuteilen.

An der EU-Mitgliedschaft des Landes würde sich somit im Falle eines Rücktritts von der Austrittserklärung als solches nichts ändern.

[Mehr Informationen](#)

Britische Premierministerin May auf Europa-Tour

Die Europäische Union will der britischen Premierministerin Theresa May helfen, ihren Brexit-Deal zu retten und einen chaotischen Austritt Großbritanniens im März zu verhindern. Am 11.12. reiste sie in mehrere Länder Europas um sich mit verschiedenen Politikern erneut zu beraten.

Das britische Staatsoberhaupt traf somit bereits die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, den niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte sowie später in Brüssel den Präsidenten des EU-Rates Donald Tusk und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Die Europa-Tour wurde durch May kurzfristig nach Absage der ursprünglich für Dienstagabend geplanten Brexit-Entscheidung im britischen Unterhaus angekündigt. Dort bekam sie keine Mehrheit zusammen, welche sie nun durch neue „Zusicherungen“ der EU zu erreichen versucht.

Hauptstreitpunkt in Großbritannien ist die von der EU verlangte Garantie für eine offene Grenze zwischen dem EU-Staat Irland und dem britischen Nordirland, der sogenannte Backstop.

Obwohl die EU-Spitzen sowie die großen Parteien im EU-Parlament Änderungen an dem 585 Seiten starken Brexit-Abkommen erneut ablehnen, gibt Theresa May nicht auf und sucht dennoch den Dialog mit den EU-Politikern.

Wegen der völlig verworrenen Lage wächst nun wieder die Sorge vor einem unregelmäßig und mutmaßlich chaotischen Brexit am 29. März 2019. Außerdem stand die Regierungschefin May erneut vor einem Misstrauensvotum in ihrer Konservativen Partei, das sie jedoch noch abwenden konnte.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



In eigener Sache

200 Jahre „Stille Nacht“ – Jubiläumsfeierlichkeiten in Brüssel

LHStv Geisler: „„Stille Nacht“ als starke Friedensbotschaft für die Europäische Union“

Von Tirol in die Welt – konkret nach Brüssel, Belgien: Anlässlich der Festivitäten rund um das 200-Jahr-Jubiläum von „Stille Nacht! Heilige Nacht!“ laden die Verbindungsbüros von Tirol und Salzburg – repräsentiert durch Tirols LHStv Josef Geisler und Salzburgs LH Wilfried Haslauer – heute, Donnerstag, in die „Hauptstadt“ der Europäischen Union. Neben Bundeskanzler Sebastian Kurz, den EU-Kommissaren Johannes Hahn und Günther Öttinger sowie den österreichischen EU-BotschafterInnen Nikolaus Marschik und Elisabeth Kornfeind werden auch zahlreiche Gäste aus Politik und Gesellschaft erwartet. Der Empfang von Tirol und Salzburg wird damit auch zum feierlichen Finale des dritten Ratsvorsitzes Österreichs.

Musikalisch umrahmt werden die Feierlichkeiten vom Familiendreigesang Kröll aus Tirol, dem Mädchenchor des Musischen Gymnasiums Salzburg und den Flötistinnen der Universität Mozarteum Salzburg.

Mit der Komposition „Stille Nacht“ in Salzburg und der anschließenden Verbreitung des Liedes durch Tiroler Sänger sind beide Bundesländer

untrennbar mit der weltbekannten Melodie verbunden. „„Stille Nacht“ ist der Inbegriff des weihnachtlichen Friedens und Miteinanders. Die Europäische Union ist nicht nur wichtige Wirtschafts- und Handelsunion, sondern vor allem auch ein Friedensprojekt. Dass wir heute im Zentrum der Europäischen Union das Jubiläum von „Stille Nacht“ und den Abschluss des einjährigen österreichischen Ratsvorsitzes feiern, ist eine Symbiose der besonderen Art. Diese Feierlichkeiten stehen ganz im Zeichen des Friedens und der Demokratie in Europa“, betont LHStv Geisler. Gerade solch unfassbare Geschehnisse, wie sie sich diese Woche in Straßburg wieder ereignet haben, würden eine offene Gesellschaft vor Herausforderungen stellen und die Bedeutung eines europäischen Zusammenhalts und Friedens einmal mehr vor Augen führen.

- Land Tirol, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Rückfragehinweis: Mag. Florian Kurzthaler





Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Evaluation of the Executive Agency for Small and Medium-Size Enterprises \(EASME\)](#)

Unternehmen und Industrie

14. Dezember 2018– 8. März 2019

[Evaluation of the feed additives Regulation](#)

Lebensmittelsicherheit

12. Dezember 2018– 3. April 2019

[Evaluation of Administrative Cooperation in Direct Taxation](#)

Steuern

10. Dezember 2018- 4. März 2019

[Interim evaluation of the programme on interoperability solutions for administrations, businesses and citizens \(ISA2\)](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Institutionelle Angelegenheiten

7. Dezember 2018– 1. März 2019

[Revising the rules for free allocation in the EU Emissions Trading System](#)

Klimaschutz

30. November 2018 – 22. Februar 2019



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Maritje Weydemann, LL.B.

Abbildungsverzeichnis

[https://admin.landeszeitung.at/landeszeitung/site-files/703/
uploads/20181213_Tirol_Haulot_410.jpg](https://admin.landeszeitung.at/landeszeitung/site-files/703/uploads/20181213_Tirol_Haulot_410.jpg)

[https://admin.landeszeitung.at/landeszeitung/site-files/703/
uploads/20181213_Tirol_630.jpg](https://admin.landeszeitung.at/landeszeitung/site-files/703/uploads/20181213_Tirol_630.jpg)